

BMEIA-EU.3.18.48/0041-III.2/2017

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

47/4.7

**EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten
am 20. Juni 2017**

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 20. Juni 2017 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Der Fokus der Diskussionen richtete sich auf die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 22./23. Juni 2017 sowie der Präsentation des Achtzehnmonatsprogramms („Trio-Programm“) des Rates der kommenden Ratsvorsitze Estlands, Bulgariens und Österreichs (1. Juli 2017 - 31. Dezember 2018). Österreich war durch den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Michael Linhart, vertreten.

In Vorbereitung des kommenden Europäischen Rates standen Sicherheit und Migration im Zentrum der Wortmeldungen. Österreich hielt fest, dass die Kooperation NATO-EU auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung fußen und vor Etablierung eines EU-Verteidigungsfonds dessen Finanzierung geregelt sein müsse. Die wesentlichen Elemente des Freihandelsabkommens mit Japan seien vor einer politischen Einigung von den Mitgliedstaaten zu bewerten. Schließlich forderte Österreich den Bezug zur Solidaritätsdebatte im Hinblick auf die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.

Estland, Bulgarien und Österreich stellten das gemeinsame Trio-Programm vor, das vom Rat angenommen wurde. Besonders betont wurde von Österreich der Fokus auf Bürgernähe und die Achtung des Subsidiaritätsprinzips.

Der Rat nahm zudem routinemäßig die länderspezifischen Empfehlungen an und übermittelte sie an den Europäischen Rat.

Betreffend die Interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung berichtete der maltesische Vorsitz über den aktuellen Stand der Umsetzung.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 11. Juli 2017
KURZ m.p.